

# B169 Ortsumfahrung Plessa: Bürgerinitiative sieht Steuerverschwendung bei Nordvariante

Seit mehr Jahren kämpft Plessas Bürgerinitiative gegen die von Verkehrsplanern favorisierte Nordvariante für die B169-Ortsumfahrung von Plessa und Kahla. Und das mit spektakulären Aktionen. Weshalb jetzt sogar ein Sarg zu Grabe getragen wurde.

08. Juni 2023, 05:00 Uhr



Symbolisch haben Mitglieder der Plessaer Bürgerinitiative Steuergeld, das ihrer Ansicht nach beim Bau der Nordtrasse der B169-Ortsumfahrung Plessa verschwendet wird, zu Grabe getragen. © Foto: Andreas Schober

Seit die Plessaer Bürgerinitiative (BI) Anfang 2021 angetreten ist, die B-169-Nordumfahrung für Plessa und Kahla zu verhindern, hat es mehrere kreative Protestaktionen gegeben. Da wurden nicht nur Briefe an Landes- und Bundesbehörden, Verkehrsplaner und politische Verantwortungsträger verschickt und eine Protestfahrt zum Landtag organisiert. Der Platz an der ehemaligen Tankstelle direkt an der B169 am Ortseingang von Plessa ist zur unübersehbaren Protestbühne geworden. Spektakulär wurde ein halb in die Erde versunkener Pkw zum „Mahnmal“, sollen abgesägte Baumstümpfe starke Eingriffe in die Natur dokumentieren. Direkt in der Kahlaer Siedlung „Waldeslust“ hat die Bürgerinitiative mit einem hohen Gerüst verdeutlicht, wie nah die Trasse samt Begleitanlagen die dortige Wohnbebauung tangieren soll.

Der Protest erfolgt dabei aus mehreren Gründen. Diese [Nordvariante](#) sieht vor, in Plessa ehemaliges unsicheres Bergbaugelände am Kraftwerk zu bebauen, die Siedlung „Heimat“ zu tangieren, mehr als zehn Hektar [Wald zu roden](#) und Wohngrundstücke in Kahla-Waldeslust zu beanspruchen.

**Kritik: Bürger werden nicht einbezogen und erhalten keine Antworten**

In Summe, so die Bürgerinitiative, gipfeln das in einer ungeheuren [Steuerverschwendung](#). Das viele nach Ansicht der BI unnütze Steuergeld ist deshalb in der jüngsten öffentlichen Aktion symbolisch in einem Sarg zu Grabe getragen worden.



Enttäuscht zeigt sich die Plessaer Bürgerinitiative auch mit diesem Poster. Demnach habe der aus Finsterwalde stammende ehemalige Landtagsabgeordnete Rainer Genilke (CDU), inzwischen Staatssekretär im Verkehrsministerium, im Wahlkampf noch die Südtrasse unterstützt. Jetzt halte er sich zurück.  
 © Foto: Andreas Schober

Wenig Vertrauen hat die Bürgerinitiative in die zu Planungsbeginn genannten **Baukosten**. Nach Angaben der **DeGES**, so die Bürgerinitiative, standen die Baukosten für die Nordumfahrung mit Preisstand 2020 bei 33,8, aktuell stünden sie unbestätigten Informationen zufolge bei 38,8 Millionen Euro. Die Südumfahrung als Kombibauwerk mit Hochwasserschutz wurde 2020 mit 49,4 Millionen Euro angegeben. Die **Südvariante**, ursprünglich auch vom Land favorisiert, sei später unter „fadenscheinigen Gründen“, so die BI, gekippt worden. Genannt worden seien ein größerer Flächenverbrauch, deutlichere Einschnitte in bislang unzerschnittene Natur und höhere Baukosten. Dass sich der einstige, in Finsterwalde wohnende CDU-Landtagsabgeordnete Rainer Genilke, inzwischen Staatssekretär im Verkehrsministerium, jetzt zurückhalte, kritisiert die BI auf einem Protestplakat mit den Worten: „Im Wahlkampf versprochen, als Staatssekretär gebrochen“.

Speziell werden die **Pro-Argumente für die Nordvariante** hinterfragt, die das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung und die Planungsgesellschaft DeGES GmbH (29,08 Prozent im Besitz des Bundes und zu 5,91 Prozent im Besitz des Landes Brandenburg) stets anführen würden: nämlich Kostenvorteil, Freiraumverbund, Gesamtfläche der Trasse, Verkehrswirksamkeit, Trassenbündelung und Umweltverträglichkeit.

#### **B169 Ortsumfahrung Plessa: Mehr Kosten als ursprünglich geschätzt**

Dabei gebe es nach Ansicht der BI immer noch viel zu wenig Erkenntnisse zu den Kostenrisiken, die die Trassenführung über einstiges Bergbaugelände in sich bergen würden. Eine Nordvariante bringe zudem für die Bewohner deutlich höhere Einschränkungen ihrer Lebensqualität.

Plessas Amtsdirektor Göran Schrey kritisiert, dass die Planer auf die Bedenken der Anwohner nicht reagieren würden. „Wenn Du ein Haus baust oder eins modernisierst, machst Du doch auch mal einen Zwischenschnitt, schaust, wo der Preis hingehet.“ Schon jetzt seien Mehrkosten in der Nordvariante erkennbar. „Es soll acht Querungshilfen, darunter eine Grünbrücke für Wild geben. Die Kosten waren in der ersten Schätzung gar nicht mit drin“, sagt Göran Schrey. Es nütze doch keinem, so meint er, wenn unbeirrt weiter geplant werde, um am Ende festzustellen, dass alles viel zu teuer und damit nicht realisierbar sei. Einen Umstand, auf den auch der brandenburgische Bundestagsabgeordnete der Linksfraktion und Sprecher für Finanzpolitik, [Christian Görke](#), bei seinem Besuch in Plessa im Vorjahr bereits aufmerksam machte: „Wer diese Nordumfahrung plant, wird am Ende keine Umfahrung realisieren wollen.“ Das wiederum wäre das Horrorszenario für die Region, die leistungsfähigere B-169-Straßenverbindungen einschließlich für Elsterwerda bereits seit mehr als 30 Jahren fordert.

### **Planer: In der Gesamtabwägung Nordvariante besser**

Von der Deges sind dazu zunächst altbekannte Statements zu erhalten: „Zunächst weisen wir noch einmal darauf hin, dass die Deges nach der Bestätigung der Vorzugsvariante durch das Fernstraßen-Bundesamt im Juni 2021 verpflichtet ist, die Planung mit der Nordvariante fortzusetzen. Die Südvariante war im Zuge der Gesamtabwägung nicht nur die teurere Variante, sondern auch diejenige mit den größten Beeinträchtigungen in der Gesamtbetrachtung der Schutzgüter“, wiederholt Pressesprecher Lutz Günther.

Dass sich an den Planungszeiträumen etwas geändert habe, dementiert er. „Am Zeitplan für die Entwurfsplanung hat sich nichts geändert. Derzeit werden die Grobentwurfsunterlagen für die linienbestimmten Varianten erarbeitet, welche zunächst durch das Land und anschließend durch das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) zu bestätigen sind.“ Das solle in diesem Jahr passieren. Anschließend erfolge bis 2025 wie geplant die Erstellung des sogenannten RE-Vorentwurfes gemäß den „Richtlinien zum Planungsprozess und für die einheitliche Gestaltung von Entwurfsunterlagen im Straßenbau“, welcher für alle drei Ortsumgehungen zu erarbeiten ist. Auch diese Unterlagen müssten sowohl das Land als auch durch das Bundesministerium bestätigen.

Jetzt Aussagen zu möglichen Kosten zu treffen, gehe nicht. „Erst nach Vorliegen dieser Bestätigung können verbindliche Aussagen zu den Kosten und der Wirtschaftlichkeit getroffen werden. Die in diesem Zusammenhang zu erstellende Kostenermittlung für jede Ortsumgehung basiert auf der Grundlage des jeweils aktuellen Planungs- und Erkenntnisstandes“, so der Pressesprecher.



An der Demo haben auf Einladung der Plessaer Bürgerinitiative, hier Hans-Jürgen Schröder (Mitte), auch die Landtagsabgeordneten Volker Nothing (AfD) und Ilona Nicklisch (Freie Wähler) teilgenommen.

© Foto: Andreas Schober

Für die Landtagsabgeordnete Ilona Nicklisch (Freie Wähler), ebenfalls auf der Demo anwesend, ist das ganze Verfahren für die Bürger zu wenig transparent. Sie würden am Ende vor vollendete Tatsachen gestellt. „Ich habe das Gefühl, das ganze Ding war so von Anfang an schon in der Schublade. Befürchtungen der Bürger interessieren nicht.“ Ähnlich sieht das der Landtagsabgeordnete Volker Nothing (AfD), der in Plessa der BI die Unterstützung seiner Fraktion zusicherte: „Viele Ungereimtheiten begleiten den Weg dieses Projektes, deren Verantwortliche den kritischen und berechtigten Fragen der betroffenen Bevölkerung immer wieder ausweichen beziehungsweise diese ungenügend beantworten.“